


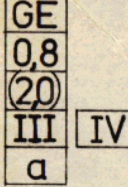



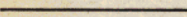

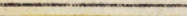


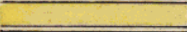


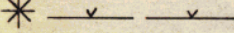





BEBAUUNGSPLAN NR. 42/11; "FAHRLACHGEBIET"

TEILÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 42/4

M. 1:1000

ERLÄUTERUNG:

	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES	
	GEWERBLICHE BAUFLÄCHEN	 SONDERBAUFLÄCHEN
	GEWERBEGEBIET	 SONDERGEBIET
	GRUNDFLÄCHENZAHL	
	GESCHOSSFLÄCHENZAHL	
	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE, HÖCHSTGRENZE	
	ABWEICHENDE BAUWEISE (SIEHE SCHRIFTLICHE FESTSETZUNG NR. 4)	
	BAUGRENZE	
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE	
	VORHANDENE UND BLEIBENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE	
	VORGESCHLAGENE GRUNDSTÜCKSGRENZE	
	AUFZUHEBENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE	
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHE	
	FAHRBAHN	
	GEHWEG	
	FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN	
	TRAFOSTATION	
	EINFRIEDIGUNG ABWEICHEND VON DER GRUNDSTÜCKSGRENZE	
	ALS EINFRIEDIGUNG SIND NUR SAUMSTEINE ZUGELASSEN, BETONWERKSTEIN 5cm HOCH.	
	BÄUME ZU ERHALTEN	
	BÄUME ZU PFLANZEN	
93,37	ALTE STRASSEN- BZW. GELÄNDEHÖHE	
93,97	NEUE STRASSENHÖHE	



SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN:

- *1. IM BEREICH DER GEBÄUDE IST EINE AUFFÜLLUNG DER DURCH STRASSENANSCHÜTTUNG ENTSTANDENEN BÖSCHUNGEN ZULÄSSIG.
- *2. SOWEIT KEINE ANDEREN FESTSETZUNGEN GETROFFEN SIND, SIND EINFRIEDIGUNGEN ALS MAUER ODER MASCHENDRAHT, MAX. 2,00m HOCH, ZULÄSSIG.
- *3. DIE NACH § 8 ABS. 3 NR. 1 BauNVO AUSNAHMSWEISE ZULÄSSIGEN WOHNUNGEN FÜR AUFSICHTS-UND BEREITSCHAFTSPERSONEN SOWIE FÜR BETRIEBSINHABER UND BETRIEBSLEITER SIND ALLGEMEIN ZULÄSSIG.

§ 7 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO

4. a) ABWEICHENDE BAUWEISE (§ 22 ABS. 4 BauNVO)

a) AN DEN SEITLICHEN UND RÜCKWÄRTIGEN GRUNDSTÜCKSGRENZEN IST DIE ERSTELLUNG VON GEBÄUDEN ZULÄSSIG, SOWEIT DIES FESTGESETZTE BAUGRENZEN ZULASSEN.

b) WIRD NICHT AN EINE SOLCHE GRENZE GEBAUT, MÜSSEN DIESE GEBÄUDE EINEN GRENZABSTAND VON 6,00m EINHALTEN.

c) SOFERN JEDOCH MIT 2-GESCHOSSIGEN GEBÄUDEN AUF DEM NACHBARGRUNDSTÜCK MINDESTENS EIN GRENZABSTAND VON 3,00m EINGEHALTEN WIRD ODER IST, GENÜGT AUF DEM BAUGRUNDSTÜCK EIN GRENZABSTAND VON 3,00m. BEI GEBÄUDEN MIT MEHR ALS ZWEI VOLLGESCHOSSEN BZW. ÜBER 8,00m HÖHE SIND NACH DEM ZWEITEN VOLLGESCHOSS IN DEN FÄLLEN a) UND c) MINDESTENS DIE GRENZABSTÄNDE DES § 7 ABS. 2 LBO VOM 20.6.1972, IM FALLE b) ZUSÄTZLICH ZU DEM GRENZABSTAND VON 6,00m EIN WEITERER GRENZABSTAND VON 1,50m JE VOLLGESCHOSS EINZUHALTEN.

✓
* 5. BEGRÜNUNG DER GRUNDSTÜCKE:

- a) DIE NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN ZWISCHEN STRASSENBEGRENZUNGSLINIE UND EINFRIEDIGUNG, SOWIE
- b) DIE SONST NICHT ÜBERBAUTEN FLÄCHEN
SIND GÄRTNERISCH ANZULEGEN, SOWEIT SIE NICHT ALS ZUFAHRTEN UND LAGERPLATZFLÄCHEN BENÖTIGT WERDEN.
AUF DEN UNTER a) GENANNTEN FLÄCHEN IST ANSTELLE DER GÄRTNERISCHEN GESTALTUNG DAS PFLANZEN VON BÄUMEN ENTLANG DER STRASSESEITIGEN GRUNDSTÜCKSGRENZE ZULÄSSIG, WENN DIE HÄLFTE DER ANGRENZERLÄNGE AN ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN NICHT ÜBERSCHRITTEN WIRD.
FÜR DIE ERMITTLUNG DER ANZAHL DER BÄUME IST AUF JE 24m² DIESER FLÄCHE EIN BAUM NACHZUWEISEN.
- c) AUF EBENERDIGEN, OFFENEN KFZ-STELLPLATZANLAGEN IST AUF JE 5 STELLPLÄTZE EIN BAUM ZU PFLANZEN.
- d) ES SIND STANDORTGERECHTE, MITTELGROSSE BÄUME IM SINNE DES § 16 ABS.1 ZIFFER 5 NACHBARRECHTSGESETZ (NRG), ALS HOCHSTAMM MIT STAMMUMFANG 25-30cm IN 1,00m HÖHE GEMESSEN, IN ANSTEHENDEM ERDREICH ZU WÄHLEN.
BAUMPFLANZUNGEN SIND IM EINVERNEHMEN MIT DEM GRÜNFLÄCHENAMT VORZUNEHMEN.

- ✓
-
6. IM GELTUNGSBEREICH DÜRFEN IN VERBRENNUNGSANLAGEN, DIE NEU ERRICHTET, ERWEITERT ODER UMGEBAUT WERDEN, KEINE FESTEN ODER FLÜSSIGEN BRENNSTOFFE SOWIE ABFÄLLE ALLER ART WEDER ZU HEIZ-UND FEUERUNGSZWECKEN NOCH ZUM ZWECKE DER BESEITIGUNG VERBRANNT WERDEN.
-
- NICHT ZUR RAUMBEHEIZUNG VORGESEHENE OFFENE KAMINE KÖNNEN ALS AUSNAHME ZUGELASSEN WERDEN (§ 94 UND § 111 (2) 3 LBO).

HINWEIS:

1. DIE MIT * GEKENNZEICHNETEN FESTSETZUNGEN BERUHEN AUF § 111 (1) LBO.
2. INNERHALB DER MIT —|—|— GEKENNZEICHNETEN FLÄCHE KANN BIS ZUR ENDGÜLTIGEN KLÄRUNG EINER ABSTUFUNG DER BUNDES-AUTOBAHN NUR MIT ZUSTIMMUNG DES AUTOBAHNAMTES BADEN-WÜRTTEMBERG GEBAUT WERDEN.



Nr. 13-2410219/181
 Genehmigt (§ 11 BBauG, § 111 LBO)
 Karlsruhe, den 21. MRZ. 1983
 Regierungspräsidium
 Karlsruhe

[Handwritten signature]

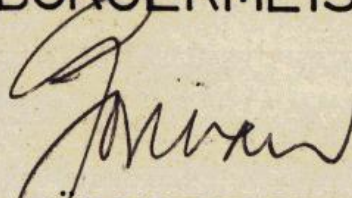
Der vom Gemeinderat der Stadt Mannheim
 am 23.11.1982 als 1. Entwurf fest-
 setzte Bebauungsplan (§ 10 BBauG) nach
 § 12 BBauG. am 8.4.1983 rechts-
 verbindlich geworden.

Mannheim, den 8.4.1983
 Stadt Mannheim
 Dezernat IV
[Handwritten signature]
 Bürgermeister



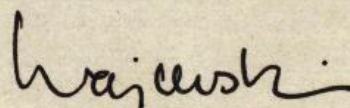
MANNHEIM, DEN 29. 7. 1982

DER OBERBÜRGERMEISTER DEZ. IV


BÜRGERMEISTER

MANNHEIM, DEN 29. 7. 1982

STADTPLANUNGSAMT


STADTBAUDIREKTOR